



Am 18. Juni 2023
NEIN zur unnötigen und
teuren Ombudsstelle!

Komitee «Nein zum Verwaltungstiger»
Nein zum Aargauer Ombudsgesetz
c/o FDP.Die Liberalen Aargau
Laurenzenvorstadt 79
Postfach
5001 Aarau

Tel. 062 824 54 21
Mail: info@fdp-ag.ch

www.verwaltungstiger.ch

Aarau, 5. Mai 2023

Medienmitteilung

Nein zu einem zahnlosen, bürokratischen und teuren Verwaltungstiger Überparteiliches Komitee setzt sich für ein Nein zum kantonalen Ombudsgesetz ein

Für die Volksabstimmung vom 18. Juni 2023 über die Einführung einer kantonalen Ombudsstelle im Aargau hat sich ein breit abgestütztes Nein-Komitee gebildet. Das Komitee wehrt sich gegen eine unnötige und teure Aufblähung des Staatsapparates, für die kein Bedarf besteht. Damit würden unnötig Prozesse verkompliziert, Steuergelder verschwendet und funktionierende Abläufe unnötig infrage gestellt.

Die Kantonalparteien von FDP, SVP, EDU, Jungfreisinnigen und Junger SVP haben deshalb gemeinsam mit dem Aargauischen Gewerbeverband (AGV) ein Nein-Komitee gegründet, dem bereits über 70 Personen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft angehören. Gemeinsam setzen sich die Komiteemitglieder für eine Ablehnung des Gesetzes ein. Dass das Gesetz überhaupt zur Abstimmung gelangt wird, haben die Grossratsfraktionen von FDP und SVP mit einem erfolgreichen Antrag auf Behördenreferendum im Grossen Rat erwirkt. Damit hat das Volk das letzte Wort in dieser Sache.

Zahnloser Verwaltungstiger

Die neue kantonale Ombudsstelle soll als Anlaufstelle dienen, um bei Schwierigkeiten im Umgang mit den Behörden zu dienen. Sie soll Anliegen entgegennehmen, prüfen, Auskünfte erteilen, erklären und vermitteln. Ein Weisungsrecht hätte die Ombudsstelle indes nicht, sie wäre ein zahnloser Verwaltungstiger, der unnötige zusätzliche Bürokratie ohne Mehrwert für die Bevölkerung produziert. Vielmehr wird ein falscher Eindruck erweckt, dass es bestehe ein Anspruch auf Rechtsauskunft bzw. sogar Rechtshilfe durch den Staat, jederzeit und kostenlos.

Politische Prozesse im Aargau funktionieren

Die Bürgerinnen und Bürger haben im Kanton Aargau bereits heute ausgeprägte Rekurs- und Einsprache-Möglichkeiten gegen Entscheide von Behörden und Verwaltung. Zudem sind die politischen Gremien von kommunalen Kommissionen über Mitglieder von Gemeinderäten und Grosse Rat bis hin zu den Regierungsräten nahe beim Volk und können bei Problemen direkt kontaktiert werden. Die direkte, bürgernahe Demokratie funktioniert und braucht keine weitere Verwaltungsstelle als Vermittlerin.

Hohe und unnötige Kosten

Die Ombudsstelle würde die Steuerzahlenden gemäss Schätzungen zwischen 700'000 und 900'000 Franken pro Jahr kosten. Nicht eingerechnet ist der enorme Aufwand, der durch die neue Ombudsstelle ausgelöst wird: Für andere Stellen innerhalb der kantonalen Verwaltung, für Unternehmen, Privatpersonen und auch Gemeinden. Dies alles für einen bürokratischen Leerlauf ohne verbindliche Konsequenzen. Dies will das überparteiliche Komitee verhindern und setzt sich gemeinsam für ein Nein am 18. Juni 2023 ein.

Co-Präsidium Komitee «Nein zum Verwaltungstiger – Nein zum Ombudsgesetz»

GR Sabina Freiermuth, Präsidentin FDP Aargau	Tim Voser, Präsident Jungfreisinnige Aargau
NR Andreas Glarner, Präsident SVP Aargau	Ramon Hug, Präsident Junge SVP Aargau
NR Benjamin Giezendanner, Präsident Aarg. Gewerbeverband	GR Bernhard Scholl (FDP)
Roland Haldimann, Präsident EDU Aargau	GR Gabriel Lüthy (FDP)
GR Silvan Hilfiker, Fraktionspräsident FDP Aargau	GR Christian Keller (SVP)
GR Patrick Gosteli, Vize-Fraktionspräsident SVP Aargau	

Insgesamt haben sich bisher über 70 Personen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft dem Nein-Komitee angeschlossen. Die aktuelle Liste aufgeschaltet unter **www.verwaltungstiger.ch/komitee**

Kontakte für weitere Auskünfte:

Stefan Huwiler, Grossrat FDP, Geschäftsführer Nein-Komitee, Tel. 062 824 54 21, huwiler@fdp-ag.ch